

INTERPELLATION von Leandra Columberg (SP, Dübendorf), Anne-Claude Hensch-Frei (AL, Zürich) und Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich)

betreffend Missstände und Überbelegung in den Asylunterkünften für jugendliche Geflüchtete in der ehemaligen Polizeikaserne

Im vergangenen Jahr wurden diverse Missstände im Bereich der Betreuungs- und Unterkunftssituation im MNA-Zentrum Lilienberg bekannt. Diese wurden im Oktober 2022 vom kantonalen Sozialamt in Auftrag gegebenen Bericht der Firma Schiess zur ausserordentlichen Betriebsprüfung bestätigt. Diverse Massnahmen wurden empfohlen, darunter eine weniger dichte Belegung und eine massive Anhebung des Betreuungsschlüssels, orientiert an den Anforderungen für Kinder- und Jugendheime im Kanton Zürich.

Die Anzahl von unbegleiteten jugendlichen Geflüchteten steigt zurzeit stetig. Dieser Anstieg ist herausfordernd, allerdings auch seit geraumer Zeit absehbar. Anfang 2023 wurde in der ehemaligen Polizeikaserne Zürich eine provisorische Asylunterkunft eröffnet. Darin leben, separiert von den Erwachsenen und Familien, auch unbegleitete jugendliche Geflüchtete.

In Medienberichten Mitte Juni¹ wurde seitens der Bewohner:innen und Betreuer:innen erneut gravierende Missstände festgestellt, insbesondere in Bezug auf die enorm engen Platzverhältnisse und mangelhaften Betreuungsverhältnisse. Im Bericht der Schiess AG zum Jugendheim Lilienberg wurde festgestellt, die Zimmer seien zu eng und stark belegt. Bereits die Unterbringung von Jugendlichen in engen Viererzimmer sei für die geflüchteten, oftmals traumatisierten Jugendlichen zu viel. In der Unterkunft in der Kaserne sehen die Belegung und Platzverhältnisse allerdings deutlich gravierender aus, es seien bis zu 18 oder mehr Jugendliche in einem Zimmer untergebracht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie positioniert sich der Regierungsrat zu diesen erneuten Missständen? Weshalb wurden die Empfehlungen bezüglich der Belegungsdichte, Rückzugsräume und Betreuungsschlüssel nicht umgesetzt? Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um diese erneuten Missstände zu beheben?
2. Wie prüft der Regierungsrat, inwiefern die Kinderrechte der geflüchteten Jugendlichen eingehalten und geschützt werden? Welche Massnahmen zur angemessenen Betreuung und Unterstützung der psychischen Gesundheit der geflüchteten Jugendlichen in der Kaserne ergreift der Regierungsrat?
3. Wie hoch ist nach Ansicht des Regierungsrats die maximale Belegungsdichte der Zimmer in den Unterkünften für geflüchtete Jugendliche? Weicht diese von den Vorgaben für die Kinder- und Jugendheime im Kanton Zürich ab? Wenn ja, wie wird diese Ungleichbehandlung begründet?
4. Wie hoch ist aktuell (Juni 2023) die Belegung der Zimmer der geflüchteten Jugendlichen in der Kaserne? Bitte um Auflistung mit Zimmergrössen und Belegung.

¹ <https://www.tagesanzeiger.ch/gefluechtete-jugendliche-leben-mitten-in-zuerich-auf-weniger-als-4-quadratmetern-130504990791>
<https://www.srf.ch/news/schweiz/unruhe-in-polizeikaserne-zuercher-asylunterkunft-in-der-kritik>

5. Kam es seit der Eröffnung der Unterkunft in der Kaserne zu schwerwiegenden Vorfällen wie z.B. Gewaltvorfällen, psychiatrischen Notfällen oder Suizidversuchen? Falls ja, in welchem Ausmass? Welche Schutz- und Handlungskonzepte existieren für den Umgang mit solchen Vorfällen und konnten diese entsprechend umgesetzt werden? Welche präventiven Massnahmen werden ergriffen, um solchen Vorfällen vorzubeugen?
6. Wie lange sollen geflüchtete Jugendliche durchschnittlich in den Unterkünften der Polizeikaserne wohnen?
7. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um angesichts der weiter steigenden Asylanträge, insbesondere auch von jugendlichen Geflüchteten, angemessene Unterkünfte und Betreuungsstrukturen zu garantieren?
8. Plant der Regierungsrat die Aufteilung des Bundes zu übernehmen? In der unbegleiteten geflüchteten Jugendlichen in SUMA (selbständige unbegleitete minderjährige Asylsuchende) und UMA (unbegleitete minderjährige Asylsuchende) unterschieden werden. Wenn ja, wie begründet der Regierungsrat die Nichteinhaltung der Kinderrechtskonvention bei den SUMA?
9. Medienberichten zufolge² reagierte die kantonale Sicherheitsdirektion, wo das zuständige Sozialamt angegliedert ist, auf mehrere schriftliche Anfragen nicht und weigerte sich, gegenüber Journalist:innen zu den thematisierten Missständen Auskunft zu geben. Wie nimmt der Regierungsrat Stellung zu diesen Vorwürfen? Inwiefern ist dieses Vorgehen mit dem Öffentlichkeitsprinzip vereinbar?

Leandra Columberg
Anne-Claude Hensch-Frei
Jasmin Pokerschnig

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/unruhe-in-polizeikaserne-zuercher-asylunterkunft-in-der-kritik>